

BAG-S Newsletter November 2025

Aktionstage Gefängnis gestartet!

Die Aktionstage Gefängnis finden vom 1. bis 10. November 2025 statt und werden von einem vielfältigen Bündnis aus Initiativen, Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen organisiert. Ziel des Bündnisses ist es, den Strafvollzug und seine Folgen stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken. Bereits am Donnerstag, den 30. Oktober, fand die Auftaktveranstaltung in Bochum statt. Zahlreiche weitere Veranstaltungen finden in Bremen, Essen, Hamburg und Oldenburg statt. Bei mehreren weiteren Angeboten können Sie sich auch digital zuschalten. Eine Übersicht über alle Veranstaltungen mit entsprechenden Hinweisen finden Sie auf der Homepage der Aktionstage:

[Bundesweite Aktionen 2025](#)

Fachtagung: "Unsichtbar - Frauenkriminalität" an der Katholischen Hochschule in Berlin

Am 11. November 2025 veranstaltet Prof. Dr. Selin Arikoglu (Katholische Hochschule für Sozialwesen) in Berlin gemeinsam mit dem Förderverein der JVA für Frauen Berlin einen Fachtag mit dem Titel: „Unsichtbar- Frauenkriminalität“. Die Themen sind Kriminalität von Frauen sowie Strafvollzug und Resozialisierung. Christina Müller-Ehlers (BAG-S) und Ulla-Britt Klankwarth (Netzwerk Kinder von Inhaftierten) werden einen Vortrag zur Situation psychisch beeinträchtigter Frauen im Strafvollzug halten

[Zum Programm und weitere Informationen](#)

Eine Lobby für die Straffälligenhilfe - aber wie?

Online Workshop am 05. November 2025

Die Freie Straffälligenhilfe leistet eine unverzichtbare Arbeit für die gesellschaftliche Teilhabe und Resozialisierung von Menschen mit Straffahrten. Dennoch hat sie es in der Politik und in der Öffentlichkeit oft schwer, ihre Anliegen und Bedarfe sichtbar zu machen und an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Wie kann es gelingen, dieser wichtigen Arbeit mehr Gewicht zu verleihen und die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern?

Dazu sprechen wir mit Prof. Dr. Günter Rieger, der langjährige Erfahrungen in der ambulanten Straffälligenhilfe mitbringt und 2024 das Lehrbuch „Lobbying in der Sozialwirtschaft“ veröffentlicht hat.

[Mehr Informationen und Anmeldung](#)

Fachwoche Straffälligenhilfe 2025 - jetzt Online - mit stark reduzierten Teilnahmegebühren.

Die Fachwoche Straffälligenhilfe 2025 mit dem Titel „Die unsichtbare Strafe – Inhaftierung und Angehörige“ findet vom 24. bis 25. November 2025 statt. Es erwarten Sie Vorträge, Diskussionen und Arbeitsgruppen zum Thema Angehörige und Kinder von inhaftierten Menschen. Die Veranstaltung erfolgt jetzt digital. Als Folge des Formatwechsels wurde das Programm angepasst und der Tagungsbeitrag auf 40 Euro reduziert.

[Programm und Anmeldung](#)

Weihnachtspakete in Justizvollzugsanstalten schicken – Schwarzes Kreuz startet Aktion

Menschen in Haft fühlen sich oft ausgegrenzt und einsam, besonders an Weihnachten. Die christliche Straffälligenhilfe Schwarzes Kreuz setzt seit 70 Jahren ein Zeichen und ruft dazu auf, Inhaftierten Weihnachtspakete mit Lebensmitteln und einer Karte zu schicken. Die Pakete geben den Empfängern Ermutigung und das Gefühl, nicht vergessen zu sein. Das Schwarze Kreuz begleitet Straffällige und ihre Familien bundesweit und möchte ihnen eine bessere, straffreie Zukunft ermöglichen. Wer helfen möchte, kann sich bis zum 30. November beim Schwarzen Kreuz melden und erhält Anweisungen zum Versand.

[Mehr Informationen](#)

Wie eignen sich inhaftierte Personen pädagogische Maßnahmen an?

In der Studie des Deutschen Jugendinstituts wurde untersucht, wie sich Jugendliche pädagogische Maßnahmen in Haft aneignen. Hierzu wurden Projekte der Extremismusprävention in Haft wissenschaftlich begleitet. Die Forscher*innen kommen zu dem Ergebnis, dass die Jugendlichen den pädagogischen Maßnahmen sehr unterschiedlich begegnen. Sie haben vier typische Aneignungsformen herausgearbeitet: eine kontrollorientierte, eine hilfeorientierte, eine beziehungsorientierte und eine erlebnisorientierte. Die Ergebnisse haben sie in einer Handreichung für Praktiker*innen zusammengefasst.

[Mehr Informationen](#)

Bündnis90/Die Grünen fordern Verbesserungen der Gesundheitsversorgung im Strafvollzug

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert Verbesserungen der Gesundheitsversorgung für suchtkranke Menschen im Straf- und Maßregelvollzug. Der Antrag stellt fest, dass die medizinische Versorgung in Haft oft nicht dem Standard außerhalb des Vollzugs entspricht, insbesondere durch mangelnde Datenerhebung, fehlenden Krankenversicherungsschutz und Lücken bei der Kostenübernahme von Therapien.

[Mehr Informationen](#)

Positionspapier zu Landesresozialisierungsgesetzen von Diakonie Deutschland und EBET e.V.

Die Diakonie Deutschland und der Evangelische Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e.V. (EBET) fordern in einem aktuellen Positionspapier die Einführung verbindlicher Landesresozialisierungsgesetze. Sie betonen, dass die Resozialisierung straffällig gewordener Menschen ein Grundrecht sei, das bereits in der Verfassung und im Strafvollzugsgesetz verankert ist.

Als Vorbild gilt Schleswig-Holstein, wo freie Träger rechtlich gleichgestellt und in die Umsetzung einbezogen werden. Die Autoren fordern, dass dieses Modell bundesweit übernommen wird und die Freie Straffälligenhilfe bereits an der Erarbeitung neuer Gesetze beteiligt wird.

[Zum Eckpunktepapier](#)

Gemeinsame Stellungnahme DHS e.V. und BAG-S e.V.: Therapie statt Strafe

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S) und die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) begrüßen ausdrücklich, dass das Land Nordrhein-Westfalen einen erneuten

Vorstoß unternimmt, um das bewährte Konzept „Therapie statt Strafe“ zu sichern.

Das Bundessozialgericht hat in seinem Urteil vom 05. August 2021 (B 4 AS 58/20 R) formuliert, dass Personen, die aufgrund ihrer Betäubungsmittelabhängigkeit in Therapieeinrichtungen gemäß § 35 BtMG untergebracht sind und bei denen eine Behandlungsdauer von länger als sechs Monaten vorgesehen ist, keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II (gemäß §7 Absatz 4 Satz 1 SGB II) haben. Dies führt zu erheblichen Unsicherheiten des gesamten Konzepts. Entsprechend werden Gesetzesänderungen gefordert.

[Mehr Informationen](#)

BAG-S

Kochhannstraße 6

10249 Berlin

Tel.: +49 30 2850 7864

E-Mail: info@bag-s.de

Webseite des BAG-S